



Dagmar Killus, Klaus-Jürgen Tillmann (Hrsg.)
in Kooperation mit TNS Emnid

Eltern zwischen Erwartungen, Kritik und Engagement

Ein Trendbericht zu Schule und Bildungspolitik
in Deutschland

 3. JAKO-Bildungsstudie

WAXMANN

Dagmar Killus, Klaus-Jürgen Tillmann (Hrsg.)
in Kooperation mit TNS Emnid

Eltern zwischen Erwartungen, Kritik und Engagement

Ein Trendbericht zu Schule und Bildungspolitik in Deutschland

Die 3. JAKO-O Bildungsstudie



Waxmann 2014
Münster • New York

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Print-ISBN 978-3-8309-3155-3

E-Book-ISBN 978-3-8309-8155-8

© Waxmann Verlag GmbH, 2014

www.waxmann.com

info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Christian Averbeck, Münster

Umschlagfoto: © Ingo Bartussek – Fotolia.com

Satz: Stoddart Satz- und Layoutservice, Münster

Druck: Mediaprint, Paderborn

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier,
säurefrei gemäß ISO 9706

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, verboten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhalt

Einführung

- 1** *Bettina Peetz*
Trends aufzeigen, Veränderungen anstoßen:
die 3. JAKO-O Bildungsstudie
Geleitwort von JAKO-O 7
- 2** *Dagmar Killus/Klaus-Jürgen Tillmann*
Elternbefragung als Dauerbeobachtung des Bildungssystems
– zur Einführung in die 3. JAKO-O Bildungsstudie 9
- 3** *Klaus-Peter Schöppner*
Die 3. JAKO-O Bildungsstudie: methodische Anlage
und Stichprobe 15

Ergebnisse

- 4** *Klaus-Jürgen Tillmann*
Der Blick der Eltern auf die Bildungspolitik – Kontinuitäten und
Veränderungen 21
- 5** *Kathrin Dederling/Marianne Horstkemper*
Wie stehen Eltern zur Inklusion? 47
- 6** *Klaus-Jürgen Tillmann*
Die Ganztagschule und die Wünsche der Eltern 71
- 7** *Dagmar Killus*
Sind Privatschulen besser als öffentliche Schulen?
– Erwartungen und Erfahrungen aus Sicht von Eltern 89
- 8** *Angelika Paseka*
Elternbeteiligung auf Klassen- und Schulebene 111

9	<i>Dagmar Killus/Angelika Paseka</i> Elterliches Engagement für das schulische Lernen des eigenen Kindes	131
10	<i>Marianne Horstkemper</i> Alleinerziehende Mütter und Väter: eine Familienform wie andere auch?	149
11	<i>Jörg Nicht</i> Mehr oder weniger gerecht – wie Eltern die Bildungschancen von Kindern bewerten	169
12	<i>Manfred Weiß</i> Was kostet Eltern die Schulbildung ihres Kindes?	185

Perspektiven

13	<i>Renate Valtin</i> Sollen die Elternwünsche Richtschnur für politisches Handeln werden? – Einige bildungspolitische Forderungen der Eltern auf dem Prüfstand	201
14	<i>Barbara Riekmann</i> Folgerungen und Perspektiven für die pädagogische Praxis.....	221

Anhang

Tabellenverzeichnis	233
Abbildungsverzeichnis	235
Autorinnen und Autoren	237
Studienbeirat.....	238
Über JAKO-O.....	239

1 Trends aufzeigen, Veränderungen anstoßen: die 3. JAKO-O Bildungsstudie Geleitwort von JAKO-O

Wir bei JAKO-O wünschen uns, dass Schule in Deutschland zu einem besonderen Ort wird. Zu einem Ort persönlicher Entfaltung und Bereicherung sowie individueller Wahrnehmung und Förderung. Zu einem Ort, an dem ein inspirierendes und respektvolles Miteinander gelebt wird und aus dem unsere Kinder als starke Persönlichkeiten hervorgehen, die ihren weiteren Lebensweg voller Selbstvertrauen und Freude antreten können.

Damit dieser Wunsch Wirklichkeit wird, haben wir im Rahmen der 3. JAKO-O Bildungsstudie erneut Eltern von Schulkindern befragt und sie um ihre Meinung gebeten – zum deutschen Bildungssystem, zur Schulsituation ihrer Kinder und zu den Auswirkungen von Schule auf das Familienleben.

Zwei Jahre liegt unsere letzte Bildungsstudie zurück. Seitdem ist viel passiert. Die praktische Umsetzung der Inklusion, das zunehmende Angebot an Privatschulen oder das bundesweite Zentralabitur sind einige der aktuell heiß diskutierten Themen, die jede Familie mit Kindern im schulpflichtigen Alter bewegen. Doch gesicherte Erkenntnisse, wie die Mehrheit der Schülereltern zu den entscheidenden Fragen der Schule und des Bildungssystems steht, gab es bisher nicht. Darum haben wir uns vor vier Jahren entschieden, Fakten zu schaffen. Seitdem fördern wir mit unserer JAKO-O Bildungsstudie regelmäßig und repräsentativ die Alltagsrealitäten, Erwartungen und Forderungen der Eltern zutage.

Bereits nach den ersten beiden JAKO-O Bildungsstudien wurde uns bewusst, dass wir mit unserer Elternbefragung Bedürfnisse befriedigen. Einerseits das Bedürfnis der Schülereltern selbst, sich zu äußern, zu loben und zu kritisieren. Sie wollen mitreden, mitgestalten und mitverbessern. Andererseits gab es in der Wissenschaft und in der Politik offensichtlichen Bedarf an repräsentativen Daten zur Elternsicht auf Schule. Die Ergebnisse unserer Studien wurden in großen Mengen abgefordert und diskutiert – auf Fachkongressen und Symposien ebenso wie in den Kultusministerien oder den politischen Parteien. Und nicht zu vergessen: Auch das Interesse der Journalisten und das überwältigende Medienecho in den vergangenen Jahren bestätigen uns in unserem Tun.

Im Januar dieses Jahres hat TNS Emnid für uns erneut bundesweit insgesamt rund 3.000 Mütter und Väter schulpflichtiger Kinder befragt. Um Veränderungen im Meinungsbild festzustellen, haben wir viele Fragen der ersten und zweiten Studie wiederholt, zum Beispiel zum schulischen Engagement der Eltern, zur Beurteilung der Lehrerinnen und Lehrer oder zur Dauer der gemeinsamen Grundschulzeit. Daneben haben wir den Fragenkatalog wieder durch aktuelle Themen ergänzt und setzen damit Schwerpunkte, die die aktuellen Debatten um Schule und Bildung in Deutschland im Kern treffen und bereichern. Dies sind zum Beispiel die Früheinschulung, die inhaltliche Qualität der Ganztagsangebote oder das Zentralabitur.

Auch wenn es viele positive Einzelergebnisse gibt, die Hoffnung machen – etwa der für viele Eltern so wichtige Ausbau der Ganztagschule oder die Bereitschaft der

Lehrerinnen und Lehrer, mit den Eltern zusammenzuarbeiten – sitzt noch viel Sand im Getriebe. Gerade in bildungspolitischer Hinsicht sehen Eltern ihre Wünsche und Vorstellungen kaum berücksichtigt, geschweige denn umgesetzt. Sie fordern weiterhin mehr Chancengleichheit, eine bessere individuelle Förderung der Kinder und gleiche schulische Bedingungen in den einzelnen Bundesländern. Auch die immer noch in fast allen Bundesländern vorherrschende vierjährige Grundschulzeit ist der großen Mehrheit der Eltern ein Dorn im Auge. 75 Prozent der Eltern wünschen sich, dass die Kinder mindestens sechs Jahre gemeinsam lernen, bevor die Aufteilung auf die weiterführenden Schulen stattfindet. Hier muss das jetzige System aus Elternsicht dringend reformiert werden. Dies scheint auch beim Thema Abiturprüfungen der Fall zu sein. Eine überwältigende Mehrheit von 92 Prozent der Eltern spricht sich für ein bundesweites Zentralabitur aus. Fast ebenso entschieden lehnen Eltern die frühe Einschulung von Kindern unter sechs Jahren ab und sprechen sich gegen eine verstärkte Frühförderung im Vorschulalter aus.

Dies sind nur einige Beispiele der vielfältigen Themen und Ergebnisse der 3. JAKO-O Bildungsstudie. Um die fast unüberschaubare Datenmenge zu analysieren, die Ergebnisse der Studie in einen Kontext einzuordnen und wissenschaftliche begründete Folgerungen sowohl für die aktuelle Bildungsdiskussion als auch für Schulpraxis daraus zu ziehen, haben wir uns wieder der Expertise namhafter Bildungswissenschaftler bedient. Wir bedanken uns ganz herzlich beim gesamten Autorenteam, das sich unter der Leitung von Prof. Dr. Dagmar Killus, Universität Hamburg, und Prof. em. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann, Universität Bielefeld, mit unglaublichem Engagement und großem Sachverstand mit den Zahlen beschäftigt und ebenso interessante wie relevante Schlussfolgerungen aus ihnen gezogen hat. Ganz besonders freuen wir uns, dass wir in diesem Jahr Barbara Riekman an unserer Seite wussten. Sie hat 25 Jahre lang die Max-Brauer-Schule in Hamburg geleitet. Eine „Brennpunktschule“, an der sie innovative Ideen umgesetzt und dadurch gemeinsames Lernen grundlegend und erfolgreich verändert hat. Sie weiß genau, wie Schule funktioniert und bereichert mit ihrem Fachwissen und ihrem Idealismus unser Team.

Ebenso möchten wir uns beim Studienbeirat bedanken. Ursula Walther vom Bundeselternrat, der Schulrat und Schulamtsdirektor Wolfgang Blos, die Bildungsforscherinnen Prof. Dr. Mechthild Gomolla, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, und Prof. em. Dr. Renate Valtin, Humboldt-Universität zu Berlin, sowie der Hirnforscher und Lernexperte Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer, Universitätsklinik Ulm, machen die Studie erst zu dem was sie ist: eine geballte Ladung Information, untermauert von großer fachlicher Expertise und praktischer Schulerfahrung.

Bei JAKO-O arbeiten Eltern und Großeltern von schulpflichtigen Kindern. Unsere Kunden sind Familien. Sie alle beschäftigen sich tagtäglich mit Schule und Bildung. Sie sind die wahren Experten, wenn es um die Belange ihrer Kinder geht. Wir verleihen ihrer Stimme Gewicht. Deshalb ist die JAKO-O Bildungsstudie für uns eine Herzensangelegenheit – heute und in den kommenden Jahren. Wir sind sicher, dass wir damit unseren Teil zu einem besseren und familienfreundlicheren Schul- und Bildungssystem beitragen.

Bettina Peetz
Geschäftsleitung JAKO-O

2 Elternbefragung als Dauerbeobachtung des Bildungssystems – zur Einführung in die 3. JAKO-O Bildungsstudie

Im Jahr 2014 wurde die JAKO-O Bildungsstudie zum dritten Mal durchgeführt. Erneut wurde eine repräsentative Stichprobe von Schülereltern in ganz Deutschland (insgesamt 3.001 Personen) nach ihren Sichtweisen, Einstellungen und Erfahrungen gefragt. Inhaltlich geht es dabei um all die Aspekte, die mit der Bildung und Erziehung von Heranwachsenden zu tun haben. Bildungspolitische Meinungen werden genauso in den Blick genommen wie die Zufriedenheit mit der Schule, den Lehrkräften und den schulischen Rahmenbedingungen. Auch die Einschätzungen der eigenen familiären Situation angesichts schulischer Anforderungen und die Leistungserwartung an das eigene Kind sind Gegenstand unserer Forschung. Es geht also darum, ein breites Spektrum von elterlichen Sichtweisen zu erfassen – und damit den Eltern in dem öffentlichen Diskurs über Bildung und Erziehung eine stärkere Stimme zu verschaffen.

Warum ist Forschung zu den Sichtweisen der Eltern wichtig?

Wenn im öffentlichen Raum über Schule und Bildungspolitik diskutiert wird, beziehen sich die Akteure immer gern auch auf die Meinungen, Sichtweisen und Verhaltensweisen von Eltern:

- So behaupten alle Parteien von sich, die Wünsche und Forderungen der Eltern zu kennen, wenn sie bestimmte Maßnahmen (z. B. Vorverlagerung der Einschulung) beschließen.
- Es treten unterschiedliche Elternorganisationen auf, die jeweils spezielle Schulmodelle einfordern (z. B. Beibehaltung der vierjährigen Grundschule, Wiedereinführung von G9, Ausbau von Privatschulen) und zugleich behaupten, mit diesen Forderungen die Mehrheit der Eltern zu vertreten.
- Und wir stoßen immer wieder auf Presseartikel, in denen die Arbeit der Schule und der Lehrkräfte äußerst kritisch beschrieben wird – und zwar unter Berufung auf angeblich weitverbreitete Elternerfahrungen.

Diese Beispiele machen deutlich, dass die Meinungen von Eltern im pädagogischen und im bildungspolitischen Diskurs eine wichtige Rolle spielen – und dass ganz unterschiedliche Akteure sich gern darauf berufen. Denn wer glaubhaft darlegen kann, dass er sich in seinen Sichtweisen in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Eltern befindet, hat einen wichtigen Argumentationsvorsprung gewonnen. Das gilt für die Kritik an der pädagogischen Arbeit der Schulen genauso wie für bildungspolitische Forderungen. Das Problem bei diesem gern und häufig vorgenommenen Rekurs auf „die“ Eltern und ihre Sichtweisen und Wünsche ist nur: Es gibt bisher nur wenig gesicherte Informationen darüber, was denn Schülereltern in Deutschland meinen,

fordern und wünschen. Dies führt dazu, dass fast alle, die sich dazu öffentlich äußern, ihr eigenes Elternbild entwerfen: Die Schulminister/innen sehen eine Elternschaft, die wohlwollend auf die Bemühungen und Erfolge der jeweiligen Regierung blickt; die Lehrgewerkschaften hingegen zeichnen eine Elternschaft, die das Bemühen der Lehrer/innen lobt und zugleich ihre schlechten Arbeitsbedingungen (Klassenfrequenzen etc.) massiv geißelt; und von Elternvertreter/inne/n werden immer wieder die alltäglichen Defizite (z. B. Unterrichtsauffall), aber auch die mangelnde Verantwortlichkeit und Zuwendung der Lehrer/innen beklagt.

Damit wird deutlich, wo das entscheidende Defizit liegt: Wir benötigen weit mehr gesicherte und wissenschaftlich belastbare Aussagen darüber, wie Eltern die Situation der Schule sehen, welche Kritik sie mehrheitlich üben, welche Veränderungen sie wünschen. Und wir müssen möglichst präzise wissen, welche Elterngruppe eher die eine, welche eher die andere Position vertritt. Die JAKO-O Bildungsstudie ist 2010 ins Leben gerufen worden, um genau solche Erkenntnisse in methodisch gesicherter Weise zu gewinnen und dann in die öffentliche Diskussion einzuspeisen. Indem alle zwei Jahre Schülereltern in Deutschland repräsentativ befragt werden, gibt es jetzt und fortlaufend einen Kern an gesicherten empirischen Befunden über die Sichtweise der Eltern. Das bedeutet: Die Zeit ist vorbei, in der jeder Akteur sich ein beliebiges Elternbild passend zurechtlegen konnte. Schon jetzt ist es so, dass man seine eigenen Positionen in Beziehung setzen muss zu den gesicherten – und immer wieder aktualisierten – Ergebnissen der JAKO-O Bildungsstudie (vgl. Killus/Tillmann 2011; 2012).

Die JAKO-O Bildungsstudie

Die JAKO-O Bildungsstudie ist eine repräsentative Befragung von Eltern zu pädagogischen und bildungspolitischen Aspekten unseres Schulsystems – und zur Situation der Eltern angesichts schulischer Anforderungen. Sie findet regelmäßig (bisher alle zwei Jahre) statt und erfasst jeweils etwa 3.000 Schülereltern bundesweit. Dabei wird die Erhebung und Auswertung der Daten von einem kompetenten Meinungsforschungsinstitut (TNS Emnid) durchgeführt. Die wiederholte Befragung im Abstand von zwei Jahren erlaubt es, Veränderungen im Meinungsbild nachzuzeichnen und Trendaussagen zu machen. Die relativ große Stichprobe macht es möglich, vielfältige Subgruppen-Vergleiche vorzunehmen und damit zu differenzierten Analysen zu gelangen. Das inhaltliche Konzept der Studie wird (in Kooperation mit TNS Emnid) von einer Gruppe von empirisch ausgerichteten Erziehungswissenschaftler/inne/n gestaltet, die Federführung liegt bei Dagmar Killus (Universität Hamburg) und Klaus-Jürgen Tillmann (Universität Bielefeld). Dabei wacht ein prominent besetzter Beirat über die Solidität von Erhebung und Auswertung. Die Ergebnisse sind darauf ausgerichtet, in der öffentlichen Debatte die Elternpositionen verstärkt zum Tragen zu bringen. Zugleich ist es aber ausdrücklich beabsichtigt, die Ergebnisse auch so aufzubereiten, dass sie im Fachdiskurs von Praktiker/inne/n, Wissenschaftler/inne/n und Bildungspolitiker/inne/n zur Kenntnis genommen werden. Dieses Buch (und weitere Aufsätze in Fachzeitschriften) stellen aus unserer Sicht die angemessene Veröffentlichungsform dar, um diese Fachdiskurse zu bereichern. Die Repräsentativbefragung fand das erste Mal 2010, danach 2012 und

jetzt 2014 statt. Es ist geplant, diese Erhebung auch ein viertes und ein fünftes Mal durchzuführen, um auf diese Weise ein System der Dauerbeobachtung zu installieren.

Trends und neue Themen

Weil die JAKO-O Bildungsstudie eine repräsentative Befragung ist, können wir sichere Aussagen über unterschiedliche Sichtweisen in der bundesdeutschen Elternschaft machen. Zum Beispiel: Wie viele Eltern sind für eine Früheinschulung vor dem sechsten Lebensjahr, wie viele dagegen? Dabei können wir Unterschiede zwischen verschiedenen Elterngruppen präzise identifizieren: Wie sehen das Grundschulleitern, wie Gymnasialeitern – wie Ostdeutsche, wie Westdeutsche? Mit der Beantwortung solcher Fragen sind wir in der Lage, durch repräsentative Daten klar auszuweisen, welche Positionen in der Elternschaft von einer Mehrheit, welche hingegen nur von einer Minderheit vertreten werden, und ob in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen verschiedenen Elterngruppen bestehen. Und weil wir diese Befragung nach 2010 und 2012 nun zum dritten Mal durchführen und dabei einen Kern von Fragen jeweils wiederholen, können wir auch sehr gut Auskunft über Meinungstrends in der Elternschaft geben: Wo sind Einstellungen in Bewegung, wo treffen wir auf stabile Sichtweisen? Zum Beispiel: Wie viele Eltern wünschen für ihr Kind eine Ganztags-, wie viele eine Halbtagschule? Wie hat sich das seit 2010 verändert? Wie sehen das Alleinerziehende, wie die anderen Eltern?

Allerdings nehmen wir immer auch neue Themen, die aktuell geworden sind, in unsere Befragung auf. Dies trifft für 2014 z. B. zu für die Meinungen zu Privatschulen und zum bundesweiten Zentralabitur. Auf diese Weise ist die JAKO-O Bildungsstudie immer auch ein Spiegel der aktuellen bildungspolitischen Debatte. Durch unsere Ergebnisse wird das Konzert der öffentlichen Meinungen, an dem in der Regel vor allem etablierte Experten aus der Bildungspolitik, der Schulverwaltung, den Verbänden und der Erziehungswissenschaft teilnehmen, um eine wichtige Stimme ergänzt: Wir bringen die Erfahrungen und Wünsche der Eltern zu Gehör. Denn aus unserer Sicht sind auch die Eltern, die ja tagtäglich mit der Erziehung ihrer Kinder befasst sind und dabei die Auswirkungen des Bildungssystems hautnah spüren, als Experten anzusprechen. Ihre Erfahrungen – etwa mit der alltäglichen Hausaufgabenpraxis – sind sehr wohl als relevante Hinweise auf Unzulänglichkeiten und Reformbedarfe zu verstehen. Die Präsentation der bisherigen JAKO-O Bildungsstudien (2010, 2012) hat gezeigt, dass man den Eltern auf diese Weise Gehör verschaffen kann. Denn wenn Eltern bundesweit und mit großer Mehrheit eine bestimmte Position vertreten, die dann auch in der Presse publik wird, kann die Bildungspolitik dies nicht einfach ignorieren. Insbesondere die Diskussion der 2. JAKO-O Bildungsstudie (2012) hat gezeigt, dass Elternmeinungen auf diese Weise erheblich an Bedeutung gewinnen. So haben die von uns ermittelten Sichtweisen der Eltern zur gymnasialen Schulzeitverkürzung (79% sprachen sich für G9 aus), aber auch der hohe Zuspruch (70%) zur Ganztagschule mehrere Wochen in der Presse und in anderen Medien einen großen Widerhall gefunden – und (so unsere Einschätzung) anschließend bildungspolitische Trends (z.B. Wiederbelebung von G9) gestützt. Allerdings stößt – auch das konnte mit den Ergebnissen der 2. JAKO-O Bildungsstudie gezeigt wer-

den – ein „Doppelangebot“ (G8 und G9) auf Skepsis vieler Eltern; denn eine Mehrheit könnte sich für eine gymnasiale Schulzeitverkürzung durchaus erwärmen, wenn der Stoff- und Leistungsdruck verringert würde. Wir haben auch diesmal strittige bildungspolitische Themen (z.B. bundesweites Zentralabitur, Früheinschulung, Inklusion am Gymnasium) neu aufgenommen und sind auf die öffentliche Reaktion sehr gespannt.

Zum Aufbau dieses Bandes

Der vorliegende Band informiert über die Ergebnisse der 3. JAKO-O Bildungsstudie – und somit vor allem über die Erhebung des Jahres 2014. Dabei werden, wo immer es möglich ist, Bezüge zu den Erhebungen der Jahre 2010 und 2012 hergestellt und entsprechende Tendaussagen getroffen. Wie gliedert sich nun das vorliegende Buch? Nach einer Einführung in die Studie (Kapitel 1 bis 3) stehen die Präsentationen und Interpretationen der empirischen Ergebnisse im Zentrum. Dies geschieht in insgesamt neun Kapiteln im zweiten Teil des Bandes. Dabei präsentiert eine erste Gruppe von drei Artikeln die Sichtweise der Eltern zu den aktuellen bildungspolitischen Themen:

Kapitel 4 (*Autor: Klaus-Jürgen Tillmann*) befasst sich zunächst mit den Präferenzen der Eltern bei bildungspolitischen Zielen, um dann ihre Einstellung zu unterschiedlichen Übergängen und Verzweigungen im Bildungssystem (Früheinschulung, Übergang nach der Grundschule, gymnasiale Schulzeit, Zentralabitur) darzustellen.

Kapitel 5 (*Autorinnen: Kathrin Dederig und Marianne Horstkemper*) thematisiert ein hochbrisantes bildungspolitisches Problem: die Inklusion. Welche Positionen vertreten Eltern, wenn es um die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht-behinderten Kindern geht? Wo gibt es Unterstützung, wo Widerstände? Lassen sich seit 2012 Veränderungen in den Elternmeinungen beobachten? Wie stehen Eltern zur Inklusion am Gymnasium?

Kapitel 6 (*Autor: Klaus-Jürgen Tillmann*) fragt: Welche Präferenzen für Ganztagschulen, für Halbtagschulen finden sich bei den Eltern? Wie haben sich diese Präferenzen seit 2010 verändert? Aber auch: Welche Kritik an der pädagogischen Praxis der gegenwärtigen Ganztagschulen üben die Eltern?

Die folgenden drei Kapitel berichten Ergebnisse, die sich stärker auf innerschulische Abläufe, auf Schul- und Unterrichtsqualität und auf die Kooperation zwischen Lehrkräften und Eltern beziehen:

Kapitel 7 (*Autorin: Dagmar Killus*) befasst sich mit den Einstellungen von Eltern zu Privatschulen und darauf bezogenen Erfahrungen: Wie denken Eltern über Privatschulen? Welche Eltern schicken ihr Kind auf eine Privatschule? Und wie schätzen Eltern die Qualität von Schule und Unterricht an privaten und öffentlichen Schulen ein?

Kapitel 8 (*Autorin: Angelika Paseka*) bezieht sich auf Formen der Elternbeteiligung in der Schule, die nicht auf das eigene Kind, sondern auf die Klasse und die Schule gerichtet sind. Der Stellenwert einer Vielzahl von Aktivitäten wird genauso beleuchtet wie förderliche, aber auch hemmende Faktoren für ein solches Elternengagement.

Kapitel 9 (*Autorinnen: Dagmar Killus und Angelika Paseka*) knüpft an Kapitel 8 an, rückt aber das elterliche Engagement für das schulische Lernen des eigenen Kindes in den Fokus. Dabei wird zwei Fragen nachgegangen: Inwieweit unterstützen Eltern ihre Kinder angesichts schulischer Anforderungen im häuslichen Bereich? Und von welchen Faktoren hängt ihr Engagement ab?

Die letzten Ergebniskapitel schließlich greifen drei Einzelaspekte auf, die aus der Sicht der Eltern von großem Interesse bei der Beurteilung des Schulsystems sind:

Kapitel 10 (*Autorin: Marianne Horstkemper*) befasst sich mit einer Gruppe von Eltern, die als besonders belastet angesehen wird: die Alleinerziehenden. Die Autorin stellt dar, wie sich diese Gruppe zusammensetzt, welche Einstellungen und Einschätzungen gegenüber Schule und Bildungspolitik sie hat und inwieweit sie sich für das eigene Kind, aber auch für die Schule im Ganzen engagiert.

Kapitel 11 (*Autor: Jörg Nicht*) stellt die Frage, wie Eltern die Bildungschancen von Kindern in Deutschland wahrnehmen und welche pädagogischen und bildungspolitischen Präferenzen sich hinter diesen Wahrnehmungen verbergen.

In Kapitel 12 (*Autor: Manfred Weiß*) wird dann ein ganz anderer Aspekt thematisiert: Was kostet die Eltern die Schulbildung ihrer Kinder? Wo überall – von den Fahrtkosten über das Mittagessen bis hin zur Nachmittagsbetreuung – werden Eltern auch im öffentlichen Schulsystem „zur Kasse“ gebeten? Bis zu welchen Beträgen summiert sich das? Und wie sieht es aus, wenn das Kind eine Privatschule besucht?

In all diesen Kapiteln stehen zwar die Ergebnisse der JAKO-O Bildungsstudie im Vordergrund, doch die Analysen und Problemdarstellungen beschränken sich nicht darauf. Es geht stets auch darum, das Thema in den jeweiligen Theoriekontext zu stellen und dabei durch Bezug auf weitere Untersuchungen den aktuellen Forschungsstand zu präsentieren. So gesehen bieten diese Kapitel auch themenbezogen eine aktuelle Übersicht zum jeweiligen erziehungswissenschaftlichen Diskussionsstand.

In Kapitel 13 werden die Ergebnisse der 3. JAKO-O Bildungsstudie von der ausgewiesenen empirischen Bildungsforscherin *Renate Valtin* bewertet und kommentiert. Sie stellt die kritische Rückfrage, ob die Wünsche der Eltern als Richtschnur für politisches Handeln geeignet sind, oder ob wir es nicht auch mit Mängeln und Kurzsichtigkeiten zu tun haben.

In Kapitel 14 betrachtet *Barbara Riekmann*, die viele Jahre als Lehrerin und Schulleiterin eine reformorientierte Schulentwicklung betrieben hat, die Ergebnisse unserer Elternbefragung. Sie stellt dar, welche Anknüpfungspunkte sie für eine Verbesserung der pädagogischen Praxis sieht, wo aber auch Widerstände der Eltern (z. B. bei der Inklusion) zu vermuten sind.

Danksagung

Die Arbeit an dieser 3. JAKO-O Bildungsstudie beschäftigt uns – Herausgeberin und Herausgeber – seit Frühjahr 2013 intensiv: Es begann mit einer kritischen Bewertung der 2. JAKO-O Bildungsstudie im Kreis der Autor/innen und im Studienbeirat, um daran eine ausführliche Diskussion mit allen Beteiligten über die Schwerpunkte der 3. Studie anzuschließen. Nach Festlegung der Schwerpunkte begann die Überarbeitung und Neukonzipierung des Fragebogens. Im Januar 2014 fand dann die Erhebung statt, schon im Februar legte TNS Emnid die Daten vor. Daran anschließend begannen die Autor/inn/en mit ihren jeweiligen Analysen. Ende Mai lagen dann die Texte vor, sodass das Herausgeberteam die abschließende Bearbeitung vornehmen und die Texte an die Kommunikationsagentur MasterMedia übergeben konnte, die sich dann um die Buchproduktion gekümmert hat. Das Buch wurde im Waxmann Verlag produziert und liegt nun – im September 2014 – vor.

Diese kurze Skizzierung des Arbeitsprozesses macht deutlich, dass die JAKO-O Bildungsstudie ein Gemeinschaftswerk ist, an dem viele Menschen in ganz unterschiedlichen Einrichtungen beteiligt sind. Dabei hat die Arbeit im dritten Durchlauf an Kontinuität und Gelassenheit gewonnen, es hat sich – im positiven Sinne – auch ein Stück Routine eingestellt, die jedoch stets mit innovativer Neugier gekoppelt war. Wie schon bei den ersten beiden Studien hatten wir es auch im dritten Durchgang mit Kooperationspartnern zu tun, die uns alle durch ihre Kompetenz und Professionalität, durch ihre Freundlichkeit und Verlässlichkeit beeindruckt haben. Dabei gilt unser Dank zu allererst dem Sponsor und Finanzier dieser Studie, der Firma JAKO-O. Ihr langfristiges Engagement ist die Grundlage dieser Arbeit. Unser persönlicher Dank geht dabei an Bettina Peetz und Anne Marie Tusche, die diese Studie in kompetenter und verlässlicher Weise begleiten. Wir bedanken uns weiterhin bei Volker Clément (MasterMedia), Klaus-Peter Schöppner (TNS Emnid) und bei den acht Autorinnen und Autoren dieses Bandes. Nicht unerwähnt bleiben darf Franziska Carl (Universität Hamburg), die mit großer Sorgfalt die Endredaktion des vorliegenden Bandes durchgeführt hat. Schließlich gilt unser Dank den Mitgliedern des Studienbeirats, die sich intensiv und äußerst hilfreich mit der Konzipierung dieser Untersuchung befasst haben. In gemeinsamer Arbeit haben all diese Akteure die Basis, die 2010 und 2012 mit den ersten beiden JAKO-O Bildungsstudien gelegt wurden, weiter ausgebaut und differenziert. Damit sind wir dem Ziel, ein System der Dauerbeobachtung von Elternmeinungen zu installieren, das für die öffentliche Debatte genauso wichtig ist wie für den wissenschaftlichen Diskurs, erneut ein ganzes Stück näher gekommen.

Literatur

- Killus, D./Tillmann, K.-J. (Hrsg.) (2011): Der Blick der Eltern auf das deutsche Schulsystem. 1. JAKO-O Bildungsstudie. Münster u. a.: Waxmann.
- Killus, D./Tillmann, K.-J. (Hrsg.) (2012): Eltern ziehen Bilanz – ein Trendbericht zu Schule und Bildungspolitik in Deutschland. 2. JAKO-O Bildungsstudie. Münster u. a.: Waxmann.

3 Die 3. JAKO-O Bildungsstudie: methodische Anlage und Stichprobe

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der methodischen Anlage der Untersuchung. Schwerpunkte bilden die Grundgesamtheit, die Auswahl der Befragten sowie die Durchführung der Untersuchung. Im Rahmen einer ausführlichen Beschreibung der Stichprobe geht es neben soziodemografischen Merkmalen der befragten Elternteile auch um Angaben zur Schulform, die das jeweils älteste schulpflichtige Kind besucht.

3.1 Methodische Anlage der Untersuchung

Grundgesamtheit

Eltern von schulpflichtigen Kindern im Alter von bis zu 16 Jahren in Privathaushalten der Bundesrepublik Deutschland bilden die Grundgesamtheit. Die Auswahlgesamtheit besteht aus jenen Privathaushalten in der Bundesrepublik mit mindestens einem telefonischen Festnetzanschluss. Im Fokus stehen bei der dritten Befragung (aber auch bei der vorangegangenen und künftigen Befragungen) folglich ausschließlich Eltern schulpflichtiger Kinder. Demgegenüber bestand die Grundgesamtheit der Studie aus dem Jahr 2010 aus Eltern mit Kindern im Alter zwischen 3 und 16 Jahren und berücksichtigte somit auch Familien, deren Kinder noch nicht im schulpflichtigen Alter waren.

Stichprobe

Für diese Studie wurden insgesamt 3.001 Interviews durchgeführt.

Auswahlverfahren

Die Telefonnummern wurden per „Random Last Two Digits – RL(2)D-Verfahren“ in Anlehnung an das sogenannte Gabler/Häder-Verfahren generiert. Zunächst werden aus den verfügbaren Telefonnummern durch „Abschneiden“ der letzten beiden Stellen Nummernstämme gebildet. Danach wird das Universum der möglichen Telefonnummern für diese Stämme generiert, indem jeder vorkommende Nummernstamm mit allen Ziffernkombinationen ergänzt wird. Aus diesem Universum wird im dritten Schritt eine Zufallsstichprobe proportional zur Haushaltsverteilung nach Regierungsbezirken und Gemeindegrößen gezogen. Die Auswahlgrundlage bildet das ADM-MasterSample für generierte Telefonnummern. Innerhalb der Haushalte wurde jeweils ein Elternteil befragt.

Durchführung der Untersuchung

Die Telefonbefragung wurde zentral von Emnitel, Bielefeld, mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Die allgemeinen Arbeitsanweisungen, nach denen alle Interviewer/innen von Emnitel verfahren, regelten die einheitliche Durchführung der Interviews. Deren Kontrolle erfolgte direkt durch den

Einsatzleiter im Telefonstudio. Der Fragebogen war als Protokollgrundlage in Bezug auf Reihenfolge und Wortlaut der Fragen für die Interviewer/innen verbindlich.

Befragungszeitraum

17.01.2014 bis 17.02.2014

Gewichtung

Die Gewichtung der Stichprobe wurde auf Grundlage verfügbarer Bevölkerungsstatistiken hinsichtlich der Merkmale *Bundesland, Schulbildung und Berufstätigkeit* des Befragten, *Alleinerziehung* sowie *Anzahl und Alter der Kinder* vorgenommen. So ist gewährleistet, dass die der Auswertung zugrunde liegende Stichprobe in ihrer Zusammensetzung der Struktur der Grundgesamtheit entspricht. Die Untersuchungsergebnisse sind – für die genannten Merkmale – folglich repräsentativ und können im Rahmen der statistischen Fehlertoleranzen auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden. Bei einer Stichprobe von 3.001 Befragten und einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 % betragen die statistischen Fehlertoleranzen zwischen 1,1 % und 2,5 %.

Struktur der Stichprobe

Wie sich die Stichprobe im Hinblick auf ausgewählte Merkmale zusammensetzt, lässt sich Tabelle 3.1 entnehmen. Beim Lebensalter der Befragten zeigt sich, dass diejenigen im Alter von 35 bis 44 Jahren – mit rund 50 % – am stärksten vertreten sind, dicht gefolgt von Eltern, die älter als 45 Jahre sind (41,8 %). Dagegen sind jüngere Eltern, also Personen bis 34 Jahre, eher schwach vertreten. Eine deutliche Mehrheit in der Stichprobe bilden die Mütter: Auf sie entfallen 69,9 %, auf die Väter dagegen nur 30,1 %. Diese Quote wurde vorab definitiv festgelegt. Dabei hat eine Rolle gespielt, dass Väter häufiger einer Vollzeitbeschäftigung und Mütter – im Interesse einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie – einer mehr oder weniger umfangreichen Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Mit der Quote wird somit der Tatsache Rechnung getragen, dass Mütter in der Regel intensiveren Kontakt zu Kind und Schule aufweisen. Mütter bilden auch die Mehrheit unter den in die Stichprobe eingehenden Alleinerziehenden: Insgesamt 18,7 % der befragten Elternteile geben an, dass sie alleinerziehend sind. Von diesen Eltern (n=560) sind 88,6 % weiblich und 11,4 % männlich.

Betrachtet man als Nächstes den Umfang der Berufstätigkeit der Befragten, so zeigt sich, dass der Anteil von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten annähernd gleich ist (42,7 % gegenüber 40,5 %). Dagegen ist die Gruppe der Befragten, die nach eigenen Aussagen nicht berufstätig sind, mit 16,6 % relativ klein. Anders stellt sich der Umfang der Berufstätigkeit bei den (Ehe-)Partnern dar: Der Anteil der (Ehe-)Partner, die vollzeitbeschäftigt sind, ist deutlich höher als der Anteil derjenigen, die teilzeitbeschäftigt sind (67,7 % bzw. 21,1 %). Die weiter oben formulierte Annahme zur Aufgabenteilung innerhalb der Familien findet hier ihre Bestätigung.

Der Umfang der Erwerbstätigkeit steht im Zusammenhang mit den Haushaltsnettoeinkommen. Von den Befragten geben 8,9 % ein Haushaltsnettoeinkommen bis zu 1.000 Euro an. Die ökonomischen Verhältnisse in diesen Familien lassen sich folglich als ausgesprochen schwierig bezeichnen. Auf alle weiteren Einkommensklassen entfallen Prozentwerte, die mehr oder weniger deutlich über 20 % liegen: Der mit

Tab. 3.1 Soziodemografische Merkmale der befragten Elternteile und Angaben zur Schulform, die das jeweils älteste schulpflichtige Kind besucht

Merkmale	absolut	Prozent ^{a)}
Alter	N=3.001	=100 %
bis 34 Jahre	276	9,2 %
35 bis 44 Jahre	1.470	49,0 %
mehr als 45 Jahre	1.255	41,8 %
Geschlecht	N=3.001	=100 %
weiblich	2.098	69,9 %
männlich	903	30,1 %
Bildungsabschluss	N=3.001	=100 %
Volks-/Hauptschule	841	28,0 %
mittlerer Bildungsabschluss	1.359	45,3 %
Abitur, Universität	755	25,1 %
keine Angaben	47	1,6 %
Alleinerziehung	N=3.001	=100 %
ja	560	18,7 %
nein	2.438	81,2 %
keine Angaben	3	0,1 %
Berufstätigkeit	N=3.001	=100 %
Vollzeit	1.281	42,7 %
Teilzeit	1.216	40,5 %
nicht berufstätig	497	16,6 %
keine Angaben	7	0,2 %
Berufstätigkeit (Ehe-)Partner	n=2.441 ^{b)}	=100 %
Vollzeit	1.652	67,7 %
Teilzeit	516	21,1 %
nicht berufstätig	262	10,7 %
keine Angaben	10	0,4 %
Haushaltsnettoeinkommen	N=3.001	=100 %
bis 1.000 Euro	267	8,9 %
1.000 bis 2.000 Euro	697	23,2 %
2.000 bis 3.000 Euro	982	32,7 %
mehr als 3.000 Euro	824	27,4 %
keine Angaben	232	7,7 %
Migrationshintergrund	N=3.001	=100 %
türkisch	113	3,8 %
russisch	130	4,3 %
Sonstige ^{c)}	528	17,6 %
ohne Migrationshintergrund	2.231	74,3 %

Fortsetzung Tab. 3.1

Merkmale	absolut	Prozent ^{a)}
Region	N=3.001	=100 %
West	2.563	85,4 %
Ost	438	14,6 %
Bundesland /Region^{d)}	N=3.001	=100 %
Bayern	474	15,8 %
Baden-Württemberg	459	15,3 %
Rheinland-Pfalz/Saarland	193	6,4 %
Hessen	222	7,4 %
Nordrhein-Westfalen	665	22,2 %
Nordwesten	483	16,1 %
Nordosten	197	6,6 %
Südosten	198	6,6 %
Berlin	110	3,7 %
Anzahl schulpflichtiger Kinder im Alter bis zu 16 Jahren	N=3.001	=100 %
1 Kind	1.756	58,5 %
2 Kinder	1.005	33,5 %
3 Kinder	208	6,9 %
4 Kinder	24	0,8 %
5 und mehr Kinder	8	0,3 %
Schulform, die das jeweils älteste schulpflichtige Kind besucht	N=3.001	=100 %
Grundschule	865	28,8 %
Hauptschule	119	4,0 %
Realschule	589	19,6 %
Integrierte Haupt- und Realschule ^{e)}	286	9,5 %
Gymnasium	756	25,2 %
Gesamtschule	230	7,7 %
Förderschule/Sonderschule	58	1,9 %
Berufsbildende Schule	39	1,3 %
Sonstige Schule (Klasse 1–13)	46	1,5 %
keine Angaben	14	0,5 %

^{a)} Aufgrund von Rundungsfehlern sind Abweichungen von 100 % möglich. Weil in der Tabelle „fehlende Angaben“ aufgeführt werden, die teilweise nur für sehr wenige Befragte stehen, werden die Prozentwerte mit einer Dezimalstelle ausgewiesen. In den weiteren Beiträgen in diesem Buch werden die berichteten Prozentwerte – im Interesse besserer Lesbarkeit – ab- bzw. aufgerundet.

^{b)} Alleinerziehende Elternteile (n=560) gehen nicht ein.

^{c)} Die Kategorie „Sonstige“ steht für Personen, die einen anderen Migrationshintergrund haben. Diese Gruppe ist ausgesprochen heterogen, weshalb die Bildung weiterer Kategorien aus methodischer Sicht nicht sinnvoll ist.

^{d)} „Nordwesten“ steht für Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. „Nordosten“ steht für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. „Südosten“ steht für Thüringen und Sachsen.

^{e)} Schließt z. B. Regionale Schule, Mittelschule, Sekundarschule, Stadtteilschule oder Oberschule mit ein.

32,7% höchste Prozentwert bezieht sich auf die Einkommensklasse mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 2.000 und 3.000 Euro. Rückschlüsse auf das kulturelle Kapital der Familien lässt der Bildungsabschluss der Befragten zu. Hier zeigt sich, dass Eltern mit einem mittleren Bildungsabschluss am stärksten vertreten sind (45,3%). Dagegen haben 28,0% einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss und 25,1% Abitur oder einen Hochschulabschluss.

Der Tabelle 3.1 lässt sich des Weiteren entnehmen, wie viele Familien einen Migrationshintergrund haben. Der Migrationshintergrund ist ein komplexes, keineswegs eindeutig definiertes Konstrukt. In der vorliegenden Studie wurde er – in Anlehnung an das Vorgehen in der PISA-Studie – anhand von Informationen über die Muttersprache des Kindes, die Staatsangehörigkeit der Eltern sowie deren Geburtsland gebildet. Ermittelt wurden Familien mit einem türkischen und mit einem russischen Migrationshintergrund, d.h. die beiden in Deutschland größten Migrantengruppen. Ein türkischer Migrationshintergrund liegt vor, wenn das Kind Türkisch als Muttersprache gelernt hat *oder* mindestens ein Elternteil die türkische Staatsangehörigkeit besitzt *oder* mindestens ein Elternteil in der Türkei geboren ist. Für einen türkischen Migrationshintergrund muss folglich nur eines dieser drei Merkmale erfüllt sein. Ein russischer Migrationshintergrund wurde auf dieselbe Art und Weise bestimmt. Alle Familien mit einem anderen Migrationshintergrund wurden in der Kategorie „Sonstige“ zusammengefasst. Angesichts der komplexen ethnischen Struktur der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund handelt es sich hier um eine sehr heterogene Gruppe, die bei der Datenanalyse nicht weiter berücksichtigt wurde. Familien mit Migrationshintergrund werden mit Familien ohne Migrationshintergrund verglichen, d.h. Familien, in denen das Kind Deutsch als Muttersprache gelernt hat, beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und kein Elternteil im Ausland geboren ist. Hier müssen folglich *alle drei* Merkmale erfüllt sein. Entsprechend dieses Vorgehens hat rund ein Viertel der Befragten einen Migrationshintergrund: Einen türkischen oder russischen Migrationshintergrund weisen jeweils rund 4% der Befragten auf, einen anderen Migrationshintergrund 17,6%.

Die realisierte Stichprobe lässt sich schließlich danach beschreiben, wie viele schulpflichtige Kinder im Haushalt leben und welche Schulform diese besuchen. Danach lebt in den meisten Haushalten nur ein schulpflichtiges Kind (58,5%). Diese Haushalte lassen sich mit „Ein-Kind-Familien“ nicht gleichsetzen, weil zu ihnen auch Kinder gehören können, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind. Neben Haushalten mit einem schulpflichtigen Kind ist auch der Anteil von Haushalten mit zwei schulpflichtigen Kindern (33,5%) recht groß. Dagegen bilden Haushalte mit drei oder mehr schulpflichtigen Kindern eher die Ausnahme (zusammen 8,0%). Von den Kindern, auf die sich die Befragten beziehen (d.h. das älteste schulpflichtige Kind) besuchen 3 von 10 Kindern eine Grundschule und etwa 7 von 10 eine weiterführende Schule. Die Eltern mit Kindern an weiterführenden Schulen geben – der Struktur des Schulsystems in Deutschland entsprechend – eine große Zahl weiterführender Schulformen an. Deutlich ins Gewicht fallen das Gymnasium (25,2%) und die Realschule (19,6%), vor integrierter Haupt- und Realschule (9,5%), Gesamtschule (7,7%) und Hauptschule (4,0%).

4 Der Blick der Eltern auf die Bildungspolitik – Kontinuitäten und Veränderungen

Zentrale Ergebnisse im Überblick

Die kontinuierliche Befragung der Eltern (2010, 2012, 2014) zu Aspekten der Bildungspolitik zeichnet in den meisten Bereichen ein stabiles Meinungsbild: Eltern fordern ein Bildungssystem, das auf Chancengleichheit, Sicherung der Grundbildung und individuelle Förderung ausgerichtet ist. Sie erwarten in allen Bundesländern gleiche schulische Bedingungen. Zugleich ist den Eltern aber klar, dass diese Zielvorstellungen in der Praxis nur höchst unzulänglich realisiert werden. Zu einzelnen bildungspolitischen Problemen entwickeln sie eigene Sichtweisen und Bewertungen, die häufig überraschend eindeutig ausfallen:

- Die Einschulung von Kindern, die noch keine sechs Jahre alt sind, wird von einer erdrückenden Mehrheit der Eltern (86 %) abgelehnt. Genauso entschieden votieren die Eltern gegen eine verstärkte „Frühförderung“ im Vorschulalter und für die Beibehaltung spielerischer Handlungsformen. Kurz: Etwa 80 % der Eltern lehnen eine zeitliche Vorverlagerung schulischer Lernformen ab.
- Die Mehrheit der Eltern findet (wie schon 2010 und 2012) den gegenwärtigen Zeitpunkt des Übergangs von der Grundschule zur Sekundarschule falsch gesetzt. Nur 24 % befürworten den Übergang nach der 4. Klasse, 58 % plädieren für eine sechsjährige, 17 % sogar für eine neunjährige Grundschule. Damit finden wir seit 2010 ein stabiles Meinungsbild, bei dem sich mehr als 70 % der Eltern dafür aussprechen, den Übergang von der Grund- zur Sekundarschule zeitlich hinauszuschieben.
- Die große Mehrheit der Eltern lehnt nach wie vor die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit (G8) ab: 79 % bevorzugen für ihr Kind einen G9-Bildungsgang. Damit werden die Ergebnisse des Jahres 2012 exakt repliziert. Deutlich gestiegen (von 41 % auf 54 %) ist allerdings der Anteil der Eltern, die ein Doppelangebot (G8 und G9) wünschen. Vergleicht man hingegen die Schulerfahrungen von G8- und G9-Eltern, so finden sich (auch bei der Stressbelastung der Kinder) kaum Unterschiede.
- Eine überwältigende Mehrheit der Eltern (92 %) spricht sich für ein bundesweites Zentralabitur aus. Sie kritisiert damit die föderale Praxis, dass jedes Bundesland eigene Abiturprüfungen mit je spezifischen Aufgabenstellungen durchführt. Die Eltern sehen in einem Zentralabitur einen wesentlichen Beitrag zu einem gerechten Schulsystem, in dem Leistungen tatsächlich vergleichbar sind. Das gegenwärtige föderale System wird hingegen als willkürlich und ungerecht bewertet.
- Insgesamt entsteht damit der Eindruck, dass die Mehrheit der Eltern die kindlichen Spielräume verteidigt und im Grundschulbereich sowohl den Schulbeginn wie auch die schulische Selektion zeitlich hinausschieben will. Für das Ende der Schulzeit werden hingegen klare Leistungsüberprüfungen in zentraler Zuständigkeit gefordert, um die als unvermeidbar angesehene Einordnung in „besser“ oder „schlechter“ gerecht zu gestalten.

Seit 2010 erhebt die JAKO-O Bildungsstudie die Einstellungen und Erwartungen der Eltern zu zentralen Problemen der Bildungspolitik. Dabei ging es in den Jahren 2010 und 2012 u. a. um die Integration behinderter Kinder (Inklusion), um die Ganztagschulentwicklung, um die Frühförderung im Vorschulalter, um den Übergang nach der Grundschule, um die Dauer der Gymnasialzeit (G8/G9) und um Probleme der Bildungsgerechtigkeit. Diese Themen haben wir auch 2014 wieder aufgegriffen. Kapitel 4 präsentiert die Sichtweise der Eltern zu diesen aktuellen bildungspolitischen Themen. Dabei haben wir allerdings drei dieser Themen 2014 besonders intensiv bearbeitet: Inklusion, Ganztagschule und – neu aufgenommen – Privatschule. Die darauf bezogenen Analysen sind so differenziert und umfangreich, dass sie jeweils in einem gesonderten Kapitel behandelt werden: In Kapitel 5 befassen sich Horstkemper und Dederling mit der Inklusionsdebatte, in Kapitel 6 stellt Tillmann die Sichtweisen der Eltern zur Ganztagschule dar, und in Kapitel 7 betrachtet Killus Privatschulen und öffentliche Schulen im Vergleich. Die Kapitel 4, 5, 6 und 7 stellen in ihrer Gesamtheit dar, wie die Eltern in Deutschland die Bildungspolitik einschätzen und bewerten. Und sie beschreiben an zentralen Punkten, ob und wie sich die Sichtweisen der Eltern verändert haben.

In diesem Kapitel orientieren wir uns an dem schulischen Bildungsgang, wenn wir die verschiedenen Ergebnisse präsentieren: Wir beginnen mit der Vor- und Grundschule, um dann Probleme der Sekundarstufe und des Abiturs zu behandeln.

4.1 Der Bildungsweg durch die Grundschule

Seit 1920 existiert in Deutschland eine vierjährige gemeinsame Grundschule für alle. Wenn die Kinder sechs Jahre alt werden, verlassen sie den Kindergarten und treten in die Grundschule ein. Nach vier Jahren, im Alter von zehn oder elf, haben sie diese Grundschule durchlaufen und wechseln in eine Schulform der Sekundarstufe über. Das waren „klassischerweise“ Hauptschule, Realschule und Gymnasium – heute haben sich Namen und Zuschnitte der Schulformen geändert (s. u.). Doch auch heute gilt: Welche Schulform das Kind besuchen wird, hängt von den Leistungen in der Grundschule und vom Willen der Eltern ab. Auch wenn diese institutionelle Grundstruktur über nunmehr fast einhundert Jahre stabil geblieben ist, so gibt es doch immer wieder Bemühungen, einzelne Elemente dieser Struktur zu verändern. Dies entfacht bildungspolitische Debatten, an denen sich auch Eltern beteiligen (sollten).

Besonders aktuell erscheint uns gegenwärtig die Diskussion über das Verhältnis von Kindheit und Schule, das sich auf die Frage bringen lässt: Soll das schulische Lernen bei Kindern zeitlich vorverlagert werden? Hier haben wir es mit dem Übergang vom Kindergarten in die Grundschule zu tun. Gegenwärtig nicht ganz so intensiv diskutiert wird der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I: Muss es bei diesem frühen Übergang nach der 4. Klasse bleiben, oder soll es dort zu Veränderungen kommen? Beide bildungspolitischen Problembereiche werden wir kurz skizzieren, um sodann die von uns erhobenen Meinungen der Eltern dazu zu präsentieren.

4.1.1 Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule

Die schulischen Leistungsergebnisse der 15-Jährigen, die im Jahr 2000 erstmals durch PISA erhoben wurden (vgl. Baumert et al. 2001) und zu dem bekannten „PISA-Schock“ führten, hatten Konsequenzen auch für die Arbeit im Vor- und Grundschulbereich. Denn die Kultusminister/innen der Länder kamen zu dem Ergebnis, dass auf die Leistungsdefizite der 15-Jährigen nicht erst in der Sekundarstufe, sondern bereits sehr viel früher reagiert werden müsse. Als eine Maßnahme beschlossen sie daher die „bessere Verzahnung“ der Arbeit von Vor- und Grundschule, verbunden mit einer Vorverlagerung der Einschulung (vgl. KMK 2001). Hieraus wurden zwei Handlungsperspektiven abgeleitet:

- Zum Ersten die Bestrebungen, schon im Kindergarten systematischer als bisher auf die anschließenden Anforderungen der Grundschule vorzubereiten. Dies wird als Teil des Bildungsauftrags des Kindergartens verstanden und häufig mit dem Begriff der „Frühförderung“ belegt (vgl. Hansel 2010).
- Zum Zweiten die Bestrebungen, die Kinder früher als bisher einzuschulen, um Zeit für systematisches schulisches Lernen zu gewinnen (vgl. Dollase 2010).

In beiden Bereichen wurde etwa seit 2003 von Ministerien, aber auch von anderen Reformakteuren, Aktivitäten zur Umsetzung dieser Bestrebungen entwickelt. Allerdings waren diese Aktivitäten „vor Ort“ oft hoch umstritten, denn in vielen Fällen konnten weder Eltern noch Erzieher/innen in einem früheren schulischen Lernen einen Gewinn erblicken.

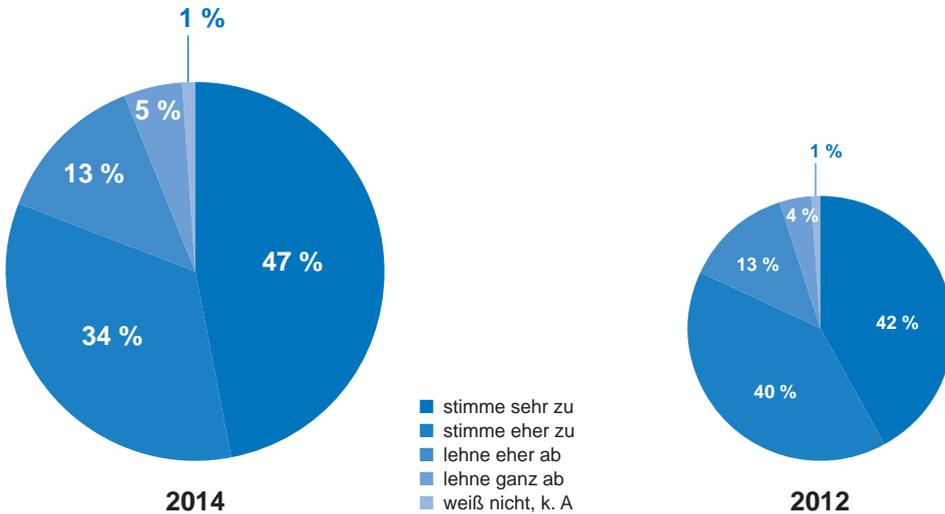
Die Frühförderung

Für die Bemühungen, das Lernen im Kindergartenalter stärker als bisher als Vorbereitung auf die Grundschule zu verstehen, hat sich der Begriff der „Frühförderung“ eingebürgert. Er bezieht sich nicht nur auf Aktivitäten im Kindergarten, sondern auch auf Lernanstrengungen im familiären Bereich. Dazu gehören nicht nur gezielte Sprachtrainings, sondern auch die Vermittlung erster Kenntnisse über Buchstaben und Zahlen sowie die Förderung von Arbeitstechniken und Arbeitshaltungen (vgl. Faust 2013, S. 37).

Während in der Fachliteratur die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule durchgängig gefordert und positiv bewertet wird, wird die Frage nach der Vorverlagerung schulischen Lernens äußerst kritisch gesehen (vgl. Ansari 2013). Viele Pädagogen sehen dabei die Gefahr, dass die spiel- und bedürfnisorientierten Formen des Lernens im Kindergarten zurückgedrängt werden zugunsten systematisch-rezeptiver Arbeitsformen, die den Bedürfnissen der Kinder dieses Alters nicht entsprechen (vgl. von Bülow 2011). Vor dem Hintergrund dieser Diskussion schien es uns wichtig, hierzu die Bewertung der Eltern zu ermitteln. Dies haben wir sowohl 2012 als auch 2014 getan. Bei der Formulierung des Items hat eine Rolle gespielt, dass in den letzten Jahren immer mehr Trainingsprogramme auf den Markt gekommen sind, um schulisches Lernen bereits im Vorschulalter zu praktizieren. Das darauf bezogene Item hat dazu eine deutliche Gegenposition formuliert (siehe Abbildung 4.1). Es zeigt sich, dass das Ergebnis zu dieser Frage sowohl 2012 wie 2014 überraschend eindeutig ausfällt: 81 % bzw. 82 % der Eltern stimmen diesem Item zu (2014 sagen

Abb. 4.1 Bewertung der Frühförderung (2012, 2014)

Aussage: „Vorschulkinder brauchen nicht noch mehr Förderung, sie brauchen vor allen Dingen Zeit und Gelegenheit zum Spielen als Grundlage zur Persönlichkeits- und Lernentwicklung.“



Frage: Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Stimmen Sie sehr zu, eher zu oder lehnen Sie die Aussage eher oder ganz ab?

N=3.000 Befragte (2012), N=3.001 Befragte (2014)

47% „stimme sehr zu“, 2012 waren es 42%). Nur 17% bzw. 18% lehnen es ab. Wir finden hier somit ein eindeutiges und stabiles Meinungsbild: Die große Mehrheit der Eltern möchte nicht, dass die Kinder im Vorschulalter systematischen Lerntrainings ausgesetzt werden. Sie wollen kein Vorziehen schulischen Lernens, sondern eine spielerisch ausgerichtete Kindheit. Schaut man sich nun erneut die Ergebnisse in den verschiedenen Subgruppen an – vom Alter der Befragten über die Berufstätigkeit bis hin zum Bundesland – so finden sich (wie schon 2012) kaum Abweichungen. Anders formuliert: Diese Einstellung zur Frühförderung ist in allen Untergruppen unserer Stichprobe sehr weit verbreitet, es handelt sich um eine Art „common sense“. Allerdings finden wir (wie 2012) erneut einen Ost-West-Unterschied: Während im Westen 83% der Befragten dem Item zustimmen, sind es im Osten „nur“ 73%. Zugleich liegt die Ablehnungsquote im Osten mit 26% um zehn Prozentpunkte höher als im Westen. Die stärkere Leistungsorientierung, die von den Eltern in den neuen Bundesländern durchgängig vertreten wird, macht somit auch vor der Vorschulzeit nicht halt. Insgesamt erlauben die Ergebnisse jedoch eine klare Verortung der Mehrheit der Elternschaft: Sie plädiert für eine Vorschulzeit, in der in spielerischer Weise die Persönlichkeits- und Lernentwicklung gefördert werden soll.

Das Einschulungsalter

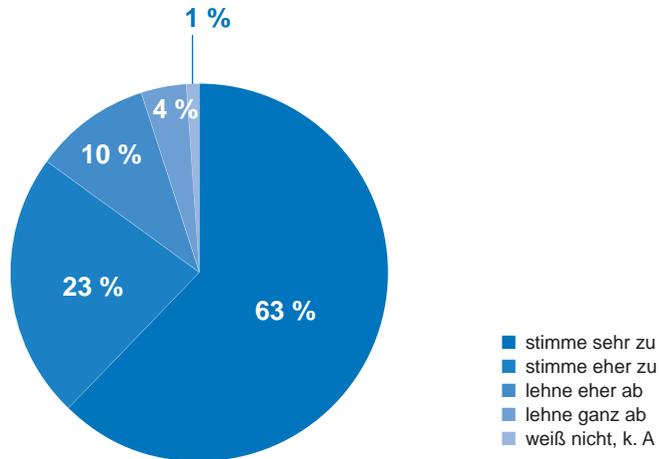
In Folge von PISA 2000 geriet das im internationalen Vergleich relativ hohe Alter der deutschen Schulabsolventen in die Kritik. Damit verband sich dann auch eine Diskussion über den Zeitpunkt der Einschulung. Die bis dahin verbreitete Regelung, all die Kinder im Sommer einzuschulen, die im gleichen Jahr bis zum 30.6. (Stichtag) sechs Jahre alt wurden, erbrachte ein relativ hohes durchschnittliches Einschulungsalter von etwa sechseinhalb Jahren. Seit 2003 haben acht Länder (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen) den Stichtag nach hinten verschoben und damit das Einschulungsalter vorverlagert. So werden in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen inzwischen alle Kinder eingeschult, die bis zum 30.9. sechs Jahre alt werden, in Berlin wurde der Stichtag sogar auf den 31.12. verlagert. Das bedeutet, dass dort Kinder, die erst fünfeinhalb Jahre alt sind, regelhaft eingeschult werden (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 63 u. 249). Diese Neuregelungen führten allerdings dazu, dass immer mehr Eltern beantragten, ihr Kind vom Schulbesuch um ein Jahr zurückzustellen. So hat sich z. B. in Bayern der Anteil der verspäteten Einschulungen in zwei Jahren von 10,4% auf 21,5% erhöht (ebd., S. 63). Offensichtlich artikuliert sich hier ein Elternprotest gegen die vorgezogene Einschulung (vgl. Tagesspiegel 2013b). In Bayern und Brandenburg haben diese Proteste dazu geführt, dass schon vollzogene Vorverlagerungen des Einschulungsalters wieder zurückgenommen wurden (vgl. Tagesspiegel 2013a; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 63). Dies geschah auch vor dem Hintergrund einer Forschungslage, die zunehmend daran zweifeln lässt, ob Früheinschulungen wirklich zu besseren Lernergebnissen und besserem Schulerfolg führen (vgl. Dollase 2010).

Angesichts dieser bildungspolitischen Auseinandersetzung, bei dem sich ein Konflikt zwischen dem Haupttrend der Bildungspolitik und der Meinung der betroffenen Eltern abzeichnet, haben wir 2014 die Eltern nach ihrer Meinung zum Einschulungsalter gefragt. Das Ergebnis (siehe Abbildung 4.2) ist eindeutig: 63% „stimmen sehr zu“, 23% „stimmen eher zu“, Kinder nicht vor dem 6. Lebensjahr einzuschulen. Anders formuliert: 86% der Eltern sprechen sich gegen eine frühere Einschulung aus. Das bildungspolitische Bestreben, Kinder früher in die Schule zu bringen, findet somit bei der großen Mehrheit der Eltern keine Unterstützung. Dies ist auch deshalb so bemerkenswert, weil in acht Bundesländern entsprechende Maßnahmen (ohne Rücksicht auf diese Elternsicht) ja längst umgesetzt wurden. In einigen dieser Bundesländer (z. B. Hessen) wird inzwischen aber zurückgerudert. Das deutliche Votum der Eltern gegen eine frühere Einschulung findet sich in sämtlichen Subgruppen der Studie: Ob wir die Daten nach Bildungsabschluss der Eltern, nach dem Alter oder der Schulform des Kindes, dem Migrationsstatus gruppieren: Stets sprechen sich mindestens 80% der Eltern dafür aus, Kinder erst mit Erreichen des 6. Lebensjahres einzuschulen. Auch ein Ost-West-Unterschied ist dabei nicht feststellbar. Wir haben es hier also mit einem durchgängigen und weitgehend einheitlichen Meinungsbild der Eltern zu tun: Die Früheinschulung von Kindern vor dem 6. Lebensjahr wird abgelehnt.

Fasst man die Ergebnisse der beiden Fragen zur Frühförderung und zum Schuleintritt zusammen, so zeigt sich: Die große Mehrheit der Eltern verteidigt entschieden eine spielerische Kindheit gegen alle Versuche, das schulische Lernen zeitlich vorzuziehen.

Abb. 4.2 Alter der Einschulung (2014)

Aussage: „Kinder sollten in der Regel erst eingeschult werden, wenn sie sechs Jahre alt sind – und nicht früher.“



Frage: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Stimmen Sie sehr zu, eher zu oder lehnen Sie die Aussage eher oder ganz ab?

N=3.001 Befragte

4.1.2 Der Übergang von der Grundschule in die Sekundarschule

Im internationalen Vergleich kennzeichnet sich das deutsche Schulsystem durch eine frühe Aufteilung der Schüler/innen auf die verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe, die unterschiedliche Leistungsansprüche vertreten. Während in den meisten entwickelten Staaten (so auch in den PISA-„Siegerländern“ Finnland, Kanada und Japan) die Kinder frühestens nach der 8. Klasse leistungsmäßig aufgeteilt werden (vgl. Klieme/Döbert/van Ackeren 2007), geschieht das in Deutschland in 14 Bundesländern bereits nach der 4. Klasse (in Berlin und Brandenburg nach der 6. Klasse). Damit entscheidet sich in allen Bundesländern in relativ frühem Alter, ob das Kind in ein Gymnasium eintreten wird (und damit den „Königsweg“ zum Abitur anstrebt) – oder ob es eine andere Schulform besuchen wird (z. B. Hauptschule, Realschule, Sekundarschule), die eher auf einen mittleren Bildungsabschluss und eine anschließende berufliche Ausbildung ausgerichtet ist.

Weil in vielen Bundesländern in den letzten Jahren Schritte zur Installierung eines zweigliedrigen Schulsystems vollzogen wurden, hat sich auch die Übergangssituation geändert: Die Hauptschulen und Realschulen sind in vielen Bundesländern abgeschafft worden (z. B. in Berlin, im Saarland, in Rheinland-Pfalz, seit längerem schon in den neuen Bundesländern), stattdessen besteht neben dem Gymnasium nur noch eine Schulform. Sie heißt in Berlin Sekundarschule, in Bremen Oberschule, in Hamburg Stadtteilschule, im Saarland Gemeinschaftsschule, in Thüringen Regel-